

Koalition erreicht deutliches Signal aller Fraktionen

Bundestag gibt starke Antwort auf die Neonazi-Morde

Zur Aufklärung von Pannen im Zusammenhang mit der sogenannten Zwickauer Neonazi-Zelle hat Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich eine Expertenkommission einberufen. Sie soll alle relevanten Akten von Polizei und Verfassungsschutz aus Bund und Ländern prüfen. Zuvor hat der Deutsche Bundestag auf Initiative der christlich-liberalen Koalition einstimmig ein wichtiges Zeichen gegen rechtsextremistische Gewalt in Deutschland gesetzt.

Die Debatte über den Rechts- extremismus in Deutschland ist nach Auffassung der christlich-liberalen Koalition zu ernst, um sie für parteitaktische Spielchen zu missbrauchen. Und zumindest zu Beginn dieser Woche konnte die Koalition auch die anderen Fraktionen im Bundestag hiervon überzeugen. Auf Initiative von CDU/CSU und FDP hatte der Bundestag mit einem einstimmig beschlossenen Antrag ein starkes Zeichen gegen rechtsextremistische Gewalt in Deutschland gesetzt.

Die von Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich schon zuvor in den Blick genommene umfassende Fehleranalyse bei den Sicherheitsbehörden sieht auch der Bundestag in seinem Beschluss als unverzichtbar an. Wieso konnten rechtsextremistische Täter in den Jahren 2000 bis 2007 bei uns auf skrupellose Weise neun zugewanderte Mitbürger und eine junge Polizistin ermorden und weitere schwere Straftaten begehen? Eine mögliche Konsequenz aus der Aufarbeitung könnte die Einrichtung eines gemeinsamen Abwehrzentrums Rechtsextremismus sein, in dem Bund und Länder zusammenarbeiten.

Nach Überzeugung der Union müssen aber auch Konsequenzen aus möglichen Ermittlungshindernissen der bis zu elf Jahre zurückliegenden Taten gezogen werden.

Auch dies hat Bundesinnenminister Friedrich in einem 10-Punkte-Plan zur Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalt bereits in den Blick genommen. Heute müssen Daten zu Rechtsextremisten bereits nach fünf Jahren auf Löschung überprüft werden. Und über (vermeintlich) gewaltfreie Extremisten dürfen bislang nur wenige Daten gespeichert werden. Doch egal ob Rechts- oder Linksextremisten: In allen Bereichen entwickeln sich extremistische Personen oft fließend in die Gewaltbereitschaft hinein und radikalieren sich. Die christlich-liberale Koalition wird auf der Grundlage der Ermittlungsergebnisse die erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen ergreifen, um den extremistischen Gewalttätern effektiv mit aller Härte entgegenzutreten.

Darf kein Gezänk der Parteien geben

Der Bundesinnenminister will auch prüfen, ob ein NPD-Verbotsverfahren möglich ist, ohne alle V-Leute aus der Partei abzuziehen. Die Prüfung eines Verbotsverfahrens hat der Bundestag einstimmig unterstützt. Mit einem Verbot, wenn es denn erreichbar ist, würde zumindest verhindert, dass die rechtsextremistische Partei über die Parteienfinanzierung auch noch Geld vom Staat erhält. Dass der Bundesinnenminister nicht zögert, entschlossen gegen rechtsextremistische Vereinigungen vorzugehen, hat er vor zwei Monaten mit dem Verbot des bis dahin größten bundesweiten Neonazi-Vereins unter Beweis gestellt.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Die EU-Kommission hat in Brüssel jetzt konkrete Vorschläge zur Einführung gemeinsamer europäischer Schuldscheine vorgelegt, die so genannten Euro-Bonds. Die Vorschläge haben alle eines gemeinsam: Sie führen in die Schulden-Union, denn Euro-Bonds sind Giftpapiere für die Sparanstrengungen in vielen Mitgliedsländern.



Wer die Schulden vergemeinschaftet, leistet diesen Mitgliedstaaten einen Bärendienst. Wie sollen harte Sparanstrengungen gegenüber der Bevölkerung vertreten werden, wenn sich der Haushalt über Euro-Bonds auch ohne Sparbemühungen auf Kosten anderer Euro-Staaten finanzieren lässt? Und nicht zu vergessen: Bis vor kurzem gab es faktisch Euro-Bonds, weil es in der Euro-Zone kaum Risikoaufschläge für Staatsanleihen gab. Geholfen, die Schulden einzudämmen, hat dies nicht.

Deutschland leistet gerne seinen Beitrag zur Finanzierung der EU, es ist ein erheblicher, aber sehr gut investierter Beitrag. Doch wir müssen und dürfen verlangen, dass überall Sparanstrengungen unternommen werden. Das gilt für unsere europäischen Partner genauso wie für die EU-Kommission. Im mehrjährigen Finanzrahmen der EU müssen deshalb die Ausgaben auf 1% des Bruttonationaleinkommens aller EU-Mitgliedstaaten begrenzt werden. Selbst leichteste Erhöhungen dieses Wertes würden den deutschen Finanzierungsbeitrag um Milliardenbeträge ansteigen lassen. Das wäre nicht akzeptabel. Es kann nur darum gehen, das zur Verfügung stehende Budget besser zu nutzen.

Wir wollen ein starkes Europa. Aber wir wollen ein Europa, in dem jeder um seine Verantwortung weiß.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gerd Müller MdB

Die Haushalte 2012 der CSU-Bundesminister

Landwirtschaft



Das Ziel des Ausbaus einer ebenso wettbewerbsfähigen wie unternehmerisch und mittelständisch ausgerichteten Land- und Ernährungswirtschaft ist im Haushalt der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner, deutlich zu erkennen. Der Haushalt hilft dabei, die Betriebe in die Lage zu versetzen, mit ihren hervorragenden Produkten die Lebensmittelversorgung in Deutschland zu sichern und die Exportchancen zu nutzen. Der Blick auf die sozialen Ausgaben unterstreicht die Bedeutung der sozialen Belange in der Landwirtschaftspolitik für die Ministerin, sie machen 70 Prozent der gesamten Ausgaben des Ressorts aus. Der Haushalt fördert eine positive Entwicklung im ländlichen Raum.

Inneres



Die Innere Sicherheit ist auch im Haushalt von Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich sehr gut aufgehoben. Mit 3,7 Milliarden Euro entfallen etwa zwei Drittel des Gesamtetats in seinem Ministerium auf den Bereich der Inneren Sicherheit. Dabei gibt es immer wieder neue Herausforderungen. Die christlich-liberale Koalition hat beispielsweise mit neuen Finanzmitteln auf die Bedrohungsgefahr durch terroristische Gefährdungen im Luftfrachtbereich reagiert. Hierfür wurden zusätzlich 16,4 Millionen Euro für den Erwerb von Geräten zur Luftfrachtkontrolle zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurde der Bereich der Inneren Sicherheit in den Haushaltsberatungen noch einmal um weitere 23 Millionen Euro verstärkt.

Verkehr und Bau



Der Etat des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, wurde in den Haushaltsberatungen noch einmal in wichtigen Bereichen gestärkt. Die Koalition hat die Mittel für Investitionen in die Infrastruktur um 1 Milliarde Euro erhöht, der Großteil davon fließt in die Bundesfernstraßen. Damit kann der Erhalt, Aus- und Neubau dem Bedarf entsprechend erfolgen. Auch für die Kommunen gibt es gute Nachrichten. Der Bundesminister stellt auch im Jahr 2012 – wie im laufenden Jahr – ein Förder volumen in Höhe von 455 Millionen Euro für die Städtebauförderung zur Verfügung. Gerade vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung ist das ein positives Signal an Städte und Gemeinden.

Diese Woche

Koalition erreicht deutliches Signal aller Fraktionen

Bundestag gibt starke Antwort auf die Neonazi-Morde 1

Die Haushalte 2012 der CSU-Bundesminister

Landwirtschaft; Inneres; Verkehr und Bau 2

Deutscher Lernatlas 2011

Je länger die Union regiert, desto besser die Bildung 2

Landesgruppenvorsitzende in Generaldebatte

Haushalt 2012 ist ein Vorbild für Europa 3

Auslandseinsätze sollen verlängert werden

Bundeswehr wird vor Somalia und im Mittelmeer gebraucht 4

Club 27

Bürgerliche Fraktionen aus ganz Europa zu Gast 4

Wirtschaftswachstum

Euro-Zone vor Flaute bewahrt 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Christian Zentner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Deutscher Lernatlas 2011

Je länger die Union regiert, desto besser die Bildung

Der „Deutsche Lernatlas 2011“ der Bertelsmann-Stiftung hat der Bildungspolitik der Union gute Noten ausgestellt. Die unionsgeführten Länder Bayern und Sachsen schnitten im Lernatlas am besten ab. Die schwächsten Regionen in Bayern sind demnach noch besser als die besten in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.

Je länger CDU und CSU regieren, desto besser sind die Lernbedingungen vor Ort. Dieses Ergebnis der Bertelsmann-Stiftung ist eine Auszeichnung für die großen Anstrengungen, welche die Union im Bereich der Bildung auf allen Ebenen unternimmt. Im Deutschen Lernatlas 2011 liegt vor allem Bayern in allen Kategorien vorne. Selbst die schwächsten bayerischen Landkreise liegen immer noch über dem Bundesdurchschnitt. Ähnliches gilt für Sachsen im Osten, das seit der Wende durchgehend von der Union regiert wird.

Die Studie hat untersucht, wie gut es sich in den rund 400 Kreisen und kreisfreien Städten der Republik lernen lässt. Dabei wurde nicht nur

das Lernen in Schulen, Hochschulen oder Betrieben betrachtet, sondern auch das persönliche und soziale Engagement der Bürger. Die Ergebnisse zeigen: Nur wer der Bildung Priorität einräumt, macht erfolgreiche Bildungspolitik und schneidet in der Studie gut ab. Es bedarf einer entsprechenden Haushaltspolitik, aber auch einer Leistungs- und Werteorientierung, Wertschätzung für die Lehrkräfte sowie Kontinuität und Verlässlichkeit im System. Gerade für diese Punkte stehen in der Bildungspolitik ausschließlich unionsgeführte Regierungen. Und genau deshalb herrscht in Sachen Bildung in Deutschland das schon berühmte Nord-Süd-Gefälle. Je tiefer man nach Süden reist, desto besser werden die Lernbedingungen.

Landesgruppenvorsitzende in Generaldebatte

Haushalt 2012 ist ein Vorbild für Europa

In der Generaldebatte zum Haushalt 2012 hat die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe die Haushalts- und Wirtschaftspolitik der christlich-liberalen Koalition als vorbildlich in Europa herausgestellt.

„Ein Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land, auf die Beschäftigtenzahlen und auch auf die Entwicklung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben macht deutlich: Deutschland ist der Wachstumsmotor, der Jobmotor in Europa. Deutschland ist im europäischen Vergleich, was die Staatsfinanzen betrifft, ein Hort der Stabilität und der Solidität. Deutschland ist Vorbild für viele andere Länder in Europa“, erklärte Gerda Hasselfeldt in ihrer Rede.

Den Menschen im Land gebührt der Dank

Die CSU-Landesgruppenvorsitzende dankte für diesen Erfolg vor allem den Bürgern im Land: „Wir haben dies den Menschen in unserem Land zu verdanken: den Unternehmern, den Arbeitnehmern und denen, die in den Tarifverhandlungen verantwortungsvoll entschieden haben. Die Regierung lässt ihnen die Freiheit und auch die Früchte ihrer Arbeit.“ Es sei gut, dass gerade in dieser Zeit eine bürgerlich-christlich-liberale Regierung in der Verantwortung ist.

Es sei außerdem eine Tatsache, dass die Defizitgrenze, die im europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt vereinbart wurde, trotz der Krise, die vor einigen Jahren zu bewältigen war, wieder eingehalten werde. „Tatsache ist auch, dass wir voraussichtlich schon vor 2016 die mit der Schuldenbremse vereinbarten Grenzwerte einhalten werden. Das ist eine Bilanz, die sich sehen lassen kann. Diese muss man mit dem vergleichen, was Sie uns nach Ihrer Regierungszeit hinterlassen haben“, erklärte Gerda Hasselfeldt mit Blick auf die Opposition vor dem Deutschen Bundestag.

Euro-Bonds lösen die Schuldenkrise nicht

Den derzeit auf europäischer Ebene diskutierten gemeinsamen europäischen Schuldscheinen, den so genannten Euro-Bonds, erteilte sie eine deutliche Absage. „Die Krise wird

nicht dadurch gelöst, dass die Notenbanken unbegrenzt öffentliche Anleihen aufkaufen. Sie wird auch nicht dadurch gelöst, dass Euro-Bonds aufgelegt werden, dass die Schulden vergemeinschaftet werden.“



© Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde

Unterstrichen hat die Landesgruppenvorsitzende auch die Notwendigkeit der Erhöhung der Investitionen in Bildung und Forschung und die Infrastruktur sowie die Notwendigkeit der

Einführung des Betreuungsgeldes. Zudem sei die Bekämpfung der kalten Progression ein wichtiger Impuls des Haushaltes 2012.

Kalte Progression: Bürger müssen etwas zurückbekommen

„Durch die kalte Progression wird nichts anderes bewirkt als eine heimliche staatliche Ausbeutung der Lohn- und Einkommensteuerzahler. Die kalte Progression führt nämlich dazu – das ist Folge des Zusammenwirkens von Progression und Inflation – dass bei denen, die arbeiten, die Geld verdienen, bei denen eine Lohnerhöhung mehr als notwendig und gerecht wäre, vom Staat abkassiert wird. Genau das soll korrigiert werden. Das ist ein Akt der sozialen Gerechtigkeit. Das ist ein Akt der Steuergerechtigkeit. Nichts anderes.“ Der Haushalt sei geprägt von Solidität und Stabilität der öffentlichen Finanzen, gebe die richtigen Wachstumsimpulse und bewahre die soziale Balance.

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

Sozis und Geld

Kräftigen Applaus von der Unionsfraktion gab es am Mittwoch für den SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel – ungewöhnlich, aber durchaus verdient! Denn als es um die wirtschaftliche Lage hierzulande ging, musste sogar er eingestehen: „Deutschland geht es so gut wie lange nicht.“ Sein anschließender Vorwurf, die Bundesregierung hätte die Neuverschuldung noch stärker senken können, hat die – für ihn – peinliche Situation dann auch nicht mehr gerettet. Zur Erinnerung am Rande: Vor einem knappen dreiviertel Jahr haben die nordrhein-westfälischen Verfassungsrichter der SPD-geführten Minderheitsregierung in Düsseldorf ihre Haushaltspolitik um die Ohren gehauen. Ob Gabriel oder Kraft – gültig bleibt Adenauer: Das Einzige, was die Sozis von Geld verstehen, ist, dass sie es von anderen haben wollen.

Piraten und Drogen

Die Piratenpartei hat eine schwere Zeit, doch wäre Mitleid fehl am Platze. Sie geben wirklich alles, um sämtliche Fettnäpfe zu treffen. So wird zurzeit eine mögliche Unterwanderung der NRW-Piraten durch Scientology diskutiert. Im Berliner Abgeordnetenhaus wollten zwei Piraten-Abgeordnete ihre Lebenspartner als Mitarbeiter einstellen – freundlich finanziert vom Steuerzahler! Der Gipfel aber war ein Foto, das einen Berliner Piraten beim „Schnupfen“ eines weißen Pulvers durch ein Papierrohr zeigte. Ein Scherz fürs Internet, so die Ausrede. Oder doch Programm? Schließlich fordern die Piraten die Einführung eines Schulfaches mit dem Titel „Rauschkunde“. Früher sind Piraten ganz weit raus aufs Meer gefahren und dann am Horizont verschwunden. Das wäre heute auch eine gute Idee.

Auslandseinsätze sollen verlängert werden

Bundeswehr wird vor Somalia und im Mittelmeer gebraucht

Die christlich-liberale Koalition nimmt die weltpolitische Verantwortung Deutschlands wahr und hat in dieser Woche die Verlängerung der Auslandseinsätze der Bundeswehr am Horn von Afrika sowie im Mittelmeer in erster Lesung auf den Weg gebracht. Die in den Operationen Atalanta und Active Endeavour eingesetzten Soldaten kämpfen gegen den Terrorismus und für Humanität. Sie sichern gleichzeitig auch die im wirtschaftlichen Interesse Deutschlands liegenden freien Seewege. Zwei Einsätze, die auch die Notwendigkeit unterstreichen, den von der Koalition eingeschlagenen Weg der Neuausrichtung der Bundeswehr konsequent fortzuführen.

Die Operationen Atalanta und Active Endeavour sollen beide bis Dezember 2012 verlängert werden. Mit der Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie am Horn von Afrika, bei der Deutschland einen der größten militärischen Beiträge leistet, haben die beteiligten Kampfschiffe bislang über 120 Schiffstransporte des Welternährungsprogramms in ihre somalischen Zielhäfen begleiten können. Damit hat Atalanta dafür gesorgt, dass über 700.000 Tonnen Nahrungsmittel und wichtige weitere Hilfsgüter Somalia erreicht haben. Hilfsgüter auf dem Seeweg zu liefern ist unersetzlich für die Versorgung der insgesamt vier Millionen notleidenden Menschen in Somalia, einem der weltweit größten humanitären Krisengebiete. Die christlich-liberale Koalition und die 1.400 deutschen

Soldaten des Atalanta-Einsatzes nehmen dort die weltpolitische Verantwortung Deutschlands wahr.

Atalanta sichert aber auch die Freiheit der Meere in dieser von aktiver Piraterie besonders betroffenen Region. Die Sicherung der Seewege ist von strategischer Bedeutung. Europa und natürlich auch Deutschland sind auf den freien Fluss globaler Handelsströme zwingend angewiesen: Durch das Seegebiet vor Somalia, vor allem durch den Golf von Aden, führt die wichtigste Handelsroute zwischen Europa, der arabischen Halbinsel und Asien. Es gibt am Horn von Afrika bis zu 30.000 Schiffspassagen jährlich, davon ungefähr 3.000 unter deutscher Flagge. Die Koalition ist deshalb der Überzeugung, dass der Schutz dieser Schiffe und ihrer Besatzungen

eine wichtige Aufgabe internationaler Sicherheitspolitik ist und im unmittelbaren deutschen Interesse liegt.

Auch die deutsche Beteiligung an der NATO-Operation „Active Endeavour“ soll bis 2012 verlängert werden. Die maximal 700 in diesem Einsatz befindlichen Soldaten sorgen dort für Schutz und Abschreckung vor möglicher terroristischer Aktivität im Mittelmeerraum und tragen zur Verteidigung und aktiven Bekämpfung möglicher terroristischer Aktivitäten bei. Damit leistet Deutschland auch dort einen Beitrag zur maritimem Sicherheit. Die umfassende Bekämpfung des internationalen Terrorismus bleibt nach Überzeugung der christlich-liberalen Koalition weiterhin eine der zentralen Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft.

Club 27

Bürgerliche Fraktionen aus ganz Europa zu Gast

Erstmals konnte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion jetzt den jährlich einmal stattfindenden „Club 27“ im Deutschen Bundestag begrüßen. Der Club führt die Fraktionsvorsitzenden aus der Familie der Europäischen Volkspartei in den nationalen Parlamenten der Europäischen Union zusammen.

Haushaltsdisziplin und Strukturreformen sind nach Auffassung der Fraktionsvorsitzenden, die der Familie der Europäischen Volkspartei angehören, der Schlüssel für die Lösung der Schuldenkrise in Europa. Auf Einladung der Unionsfraktion trafen sich die 27 Fraktionschefs vergangene Woche in Berlin, um sich über die aktuellen europapolitischen Themen aus Sicht der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten auszutauschen. Beim mittlerweile fünften Treffen des „Club 27“ beschäftigten sich die Teilnehmer auch mit der Rolle Europas in der Weltwirtschaft und mit den Demokratiebestrebungen in Nordafrika.

Die Bundeskanzlerin unterstrich bei dem Treffen, dass die Antwort auf die gegenwärtigen Herausforderungen nur mehr Europa und nicht weniger Europa heißen könne. Sie ermutigte die Teilnehmer nachdrücklich zu begrenzten Änderungen der Europäischen Verträge – nicht zuletzt, um die EU davor zu schützen, von den Märkten erpresst zu werden. Die Verbindlichkeit der Regelungen der Euro-Zone müsse erhöht werden, etwa indem Klageverfahren vor dem EuGH ermöglicht werden, um die Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes durchzusetzen, so die Bundeskanzlerin.

Wirtschaftswachstum

Euro-Zone vor Flaute bewahrt

Deutschland hat mit seinem Wirtschaftswachstum im vergangenen Quartal die Euro-Zone vor einer Stagnation bewahrt.

Laut Eurostat legte das Bruttoinlandsprodukt der Euro-Zone von Juli bis September um 0,2 Prozent gegenüber dem Vorquartal zu. Die deutsche Wirtschaft zog diesen Wert mit einem Wachstumsplus von 0,5 Prozent gegenüber dem Vorquartal deutlich nach oben. Alleine Estland, das seit Anfang dieses Jahres ebenfalls den Euro hat, konnte noch ein höheres Wachstum aufweisen. Auch Frankreich hat mit 0,4 Prozent noch einen guten Wert erreicht. Dagegen schrumpfte die Wirtschaftsleistung in Spanien, Zypern, Portugal und den Niederlanden. Aus Griechenland und Italien liegen noch keine Zahlen vor.